



Niederschrift 25. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 19.04.2011
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:57 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	Sitzungsleitung
-------------------	-----------	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	
Frau Heike Judacz	SPD	anwesend bis 20:40 Uhr
Frau Christina Wolf	SPD	
Herr Martin Kühn	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Björn Teuteberg	FDP	Vertretung für: Frau Schneider, Franziska

sachkundige Einwohner

Frau Maria von Pawelsz-Wolf	CDU/ANW
Herr Ronny Besancon	DIE LINKE
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90
Herr Wolfgang Günther	SPD
Herr Jörg Jutzi	DIE LINKE
Frau Julia Laabs	Die Andere
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat
Herr Jan-Peter Schmarje	Behindertenbeirat

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit
---------------------------------	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Maike Dencker	CDU/ANW	entschuldigt
Frau Franziska Schneider	FDP	entschuldigt

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU/ANW	entschuldigt
------------------------	---------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Angela Basekow	SPD	entschuldigt
Herr Björn Karl	FDP	entschuldigt
Frau Thi Minh Lien Ngo	Migrantenbeirat	entschuldigt

Gäste:

Frau Anke Lehmann	Gruppe Die Andere
Frau Anja Haigl	Gruppe Die Andere
Herr Frank Thomann	Jobcenter Potsdam
Herr Steffen Grebner	Klinikum „Ernst von Bergmann“
Herr Prof. Dr. Hubertus Wenisch	Klinikum „Ernst von Bergmann“
Herr Sebastian Dienst	Klinikum „Ernst von Bergmann“
Frau Groschnick	Betriebsrat Klinikum „Ernst von Bergmann“
Herr Krause	Betriebsrat Klinikum „Ernst von Bergmann“
Frau Magdolna Grasnick	Beauftragte für Migration und Integration
Herr Michael Aßmann	Migrantenbeirat
Frau Anke Latacz-Blume	FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Frau Gabriele Janke	Ausländerbehörde
Frau Martina Spyra	Schritfführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.03.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Bericht über die Arbeit des Jobcenters Potsdam - Rückblick und Ausblick
- 5 Wiedervorlagen
- 5.1 Gerechte Bezahlung im Klinikum "Ernst von Bergmann"
Vorlage: 10/SVV/1079
Gruppe Die Andere
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Sicherung von Mindeststandards in der Abteilung Psychiatrie
Vorlage: 11/SVV/0210
Gruppe Die Andere
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Anliegen von Potsdamer Flüchtlingen
Vorlage: 11/SVV/0262
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 8 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Schulze.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.03.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Niederschrift vom 15.03.2011

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

Der Niederschrift wird zugestimmt.

Bestätigung der Tagesordnung:

Frau Lehmann bittet um Zurückstellung des Antrages 11/SVV/0210 „Sicherung von Mindeststandards in der Abteilung Psychiatrie“, da zu diesem Antrag noch Abstimmungsbedarf besteht.

Da es keine weiteren Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge gibt, bittet Frau Schulze um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Der Tagesordnung wird zugestimmt.

Frau Schulze bittet darum, dass zukünftig rechtzeitig vor der Sitzung angekündigt wird, wenn ein Antrag zurückgestellt werden soll, da oft auch fachkundige Mitarbeiter zur Erörterung eingeladen werden.

zu 2 Informationen der Verwaltung

Bildungs- und Teilhabepaket

Frau Müller-Preinesberger verweist auf das Erörterungstermin am 18.04.2011 zum Bildungs- und Teilhabepaket mit Vertretern der Fraktionen und Gruppen an ihrem Tisch. Sie teilt mit, dass die Verwaltung eine Mitteilungsvorlage erarbeitet hat, die am 04.05.2011 der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt wird.

Die Verwaltung ist zuversichtlich, dass mit Erfolg viele Menschen in der Stadt

erreicht werden, die das Bildungs- und Teilhabepaket in Anspruch nehmen können.

Frau Latacz-Blume ergänzt, dass am 19.04.2011 allein 75 Anrufe eingegangen sind und die Flure zum Sprechtag sehr voll waren. Bis zum 18.04.2011 waren 270 Anträge. Am 19.04.2011 hat sich die Zahl deutlich erhöht.

Frau Pawelz-Wolf macht deutlich, dass auch das Kinder- und Jugendbüro einbezogen werden sollte. Sie kündigt dazu einen Antrag ihrer Fraktion für die nächste Stadtverordnetenversammlung am 4. Mai 2011 an.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass das Kinder- und Jugendbüro bereits einbezogen ist. Auch über die Schulsekretariate werden die Anträge ausgereicht. Jugendliche über 18 Jahre, bei denen bekannt ist, dass sie anspruchsberechtigt sind, werden angeschrieben. Aber auch die Jugendklubs wurden bereits angesprochen.

Frau Laabs gibt zu bedenken, dass es sich oft um Eltern handelt, die sich in schwierigen Lebenslagen befinden und mitunter nicht in der Lage sind, die Anträge ohne Hilfestellung auszufüllen.

Frau Judacz macht darauf aufmerksam, dass es sich um einen sehr umfangreichen Verwaltungsakt handelt und die Verwaltung sehr aktiv gearbeitet hat, um möglichst alle Anspruchsberechtigten zu erreichen. Sie spricht der Verwaltung dafür ihren Dank aus.

Richtlinie zur Förderung sozial- und gesundheitsfürsorgerischer Angebote

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass die Arbeitsgruppe des Ausschusses für Gesundheit und Soziales zusammen mit der Verwaltung die Richtlinie zur Förderung sozial- und gesundheitsfürsorgerischer Angebote erarbeitet hat. Sie schlägt vor, die Richtlinie in der Mai-Sitzung im Ausschuss für Gesundheit und Soziales zu beraten, um sie dann am 01.06.2011 in der SVV beschließen zu können.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3 Berichte aus den Beiräten

Seniorenbeirat

Herr Puschmann teilt mit, dass bereits 1800 Broschüren zur 18. Seniorenwoche verteilt wurden. Derzeit erfolgt die Feinabstimmung zur Seniorenwoche. Ab dem 19.04.2011 begann der Kartenvorverkauf für die drei großen Veranstaltungen. Anschließend berichtet Herr Puschmann von seinem Besuch in Polen zu einem Erfahrungsaustausch zur Seniorenarbeit. Es gab sehr engen Kontakt zu Senioren, die die Universität 3. Lebensabschnitt besuchen, die etwa mit der Akademie 2. Lebenshälfte gleichzusetzen ist. Auch hier erfolgt ein Erfahrungsaustausch.

Behindertenbeirat

Herr Schmarje informiert über die Sitzung des Behindertenbeirates in der vergangenen Woche. Aufgrund der Beschwerden über die fehlende

Barrierefreiheit am Tresen im Eingangsbereich des Klinikums „Ernst von Bergmann“ wird es am 02.05.2011 einen Termin der AG Barcelona mit der technischen Leitung des Klinikums geben.

Anschließend spricht er die Klingel für Rollstuhlfahrer am Filmmuseum an und teilt mit, dass am 02.05.2011 die „richtige“ Lösung installiert wird.

Des Weiteren informiert Herr Schmarje, dass er an einer Beratung der AG Potsdamer Ring teilgenommen hat.

Der Behindertenbeirat hat eine Erklärung vom Potsdamer Behindertenverband entgegen genommen. Ein neuer Anfang der Zusammenarbeit soll nun erfolgen.

Migrantenbeirat

Frau Schulze informiert, dass Herr Herr Aßmann stellvertretend für den Migrantenbeirat als Gast im Ausschuss ist.

Frau Schulze regt an, zukünftig zu den Berichten aus den Beiräten im Vorfeld der Sitzung eine kurze schriftliche Zusammenfassung aus den Beiratssitzungen ausreichen, um dann in der Ausschusssitzung auf Nachfragen zu antworten.

Herr Fröhlich spricht sich für den Vorschlag aus, da dies die Debatte verkürzen würde. Er bittet aber, dass die Beiratsmitglieder dann noch mal Gelegenheit haben sollten, wichtige Themen nochmals anzusprechen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 4 Bericht über die Arbeit des Jobcenters Potsdam - Rückblick und Ausblick

Herr Thomann (Jobcenter Potsdam) weist darauf hin, dass aus der ehemaligen PAGA seit dem 01.01.2011 das Jobcenter Potsdam geworden ist.

Er gibt anhand einer Powerpoint-Präsentation einen Überblick über die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, die Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften und der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Anschließend gibt er einen Überblick über die Arbeitslosenquoten im Vergleich der Jahre 2005 bis 2010 sowie im Vergleich Potsdam, Land Brandenburg, Ostdeutschland, Westdeutschland und Deutschland.

Desweiteren erörtert er die Entwicklung der Kosten der Unterkunft in der Zeit von 2005 bis 2010.

Im Bezug auf die Kundenzufriedenheit macht er darauf aufmerksam, dass Potsdam im Januar 2011 laut einer Umfrage Dritter im deutschlandweiten Vergleich auf Platz 2 liegt. Dies ist unter anderem damit zu begründen, dass alle Beschwerden sehr genau betrachtet und beantwortet werden. Abschließend weist er auf die Senkung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in 2011 hin.

Herr Thomann informiert, dass die Trägerversammlung des Jobcenters am 14.04.2011 das Budget für 2011 bestätigt hat. Großes Augenmerk der Arbeit in 2011 gilt weiterhin den Jugendlichen, daneben aber auch den Arbeitnehmern ab 55 Jahren. Ebenso werden auch Alleinerziehende und Behinderte in 2011 ein größeres Augenmerk erhalten.

Am 14.04.2011 wurde das Arbeitsmarktprogramm durch Trägerversammlung genehmigt. Dieses kann bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden.

Das Projekt „Bürgerarbeit“ wird in 2011 umgesetzt. Das Jobcenter Potsdam hat sich verpflichtet, in diesem Jahr 300 Bürgerarbeitsplätze umzusetzen. Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich bereit erklärt, 100 Arbeitsplätze zu

organisieren. Auch dies wurde durch die Trägerversammlung genehmigt. Abschließend teilt er mit, dass es auf Potsdam TV noch im Jahr 2011 eine Sendung geben wird, in der die Menschen über die Möglichkeiten des Jobcenters Potsdam informiert werden sollen.

Frau Schulze ergänzt, dass auch „Arbeit für Brandenburg“ im Programm enthalten ist.

Herr Teuteberg stellt fest, dass die Entwicklung für die Landeshauptstadt Potsdam positiv ist. Er hebt insbesondere die Kundenzufriedenheit hervor. Er fragt bezüglich der Arbeitslosenquote, ob es besondere Strategien für Potsdam gibt, um unter dem Bundetrend zu bleiben.

Herr Thomann macht deutlich, dass man Potsdam im ostdeutschen Vergleich sehen muss. Potsdam ist bei den Spitzenreitern in Ostdeutschland. Wenn die 1-Euro-Jobs nicht zurückgefahren worden wären, wäre die Quote deutlich besser.

Herr Kühn verweist auf das kommunale Ziel der Senkung der Kosten der Unterkunft und fragt, ob es genügend Wohnraum in der Angemessenheitsgrenze gibt. Er fragt weiter, ob es eine Möglichkeit gibt, die Angemessenheitsgrenze anzuheben, wenn dies erforderlich ist. Er verweist auf die Reduzierung des Verwaltungsbudget ist durch den Bund und fragt, wie viele Stellen die Kürzung in etwa ausmacht. Abschließend spricht er die Beratung der Antragsteller von Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets an. Gab es diesbezüglich Schulungen für die Mitarbeiter?

Herr Thomann macht deutlich, dass die Angemessenheitsgrenze zusammen mit der LHP gefunden wurde. Wenn jemand in einer zu teuren Wohnung lebt, wird geprüft, ob es eine Möglichkeit des Umzugs in preisgünstigeren Wohnraum gibt. Wenn eine derartige Wohnungen nicht vorhanden sind, werden die Kosten übernommen. Damit steigt die Gesamtrechnung. Er informiert, dass die Angemessenheitsgrenzen vor kurzem überarbeitet wurden. Sollten die Mieten weiter steigen, muss über eine erneute Anpassung nachgedacht werden. Herr Thomann erklärt, dass das Verwaltungsbudget zu Anteilen vom Bund und der Kommune finanziert wird. Ab dem 01.01.2011 liegt der Anteil der Kommune bei 15,2 % aufgrund der Mehrarbeit zum Bildungs- und Teilhabepaket. Da Verwaltung die Umsetzung selbst vornimmt, werden Rückläufe erwartet. Herr Thomann erklärt, dass die Fallzahlen nahezu erfüllt und lediglich um wenige Mitarbeiter unterschritten werden. In Bezug auf das Bildungs- und Teilhabepaket hat sich das Jobcenter Potsdam bereit erklärt, beratend tätig zu werden. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind gut und umfangreich geschult. Die Anträge werden ausgereicht. Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung ist sehr gut.

Frau Laabs äußert sich überrascht bezüglich der hohen Kundenzufriedenheit. Sie hat von massiven Hausbesuchen gehört. Problematisch ist es nach ihrer Information auch, wenn Kunden des Jobcenters umziehen wollen.

Herr Thomann macht deutlich, dass es immer eine Genehmigung für den Umzug in preiswertere Wohnung gibt. Bei Kinderzuwachs wird der Umzug in größere Wohnung genehmigt. Dies wird immer im Einzelfall geprüft und muss begründet werden. Zum Außendienst gehen relativ wenige Beschwerden ein. Hier gibt es zwei langjährige sozialerfahrene Mitarbeiter.

Frau Pawelsz-Wolf fragt, ob es eine Aufstellung zur Vermittlung der einzelnen Altersgruppen gibt und ob auch geprüft wird, ob diese auch in Arbeit bleiben.

Herr Thomann kann zum den einzelnen Altersgruppen in der Vermittlung keine Aussage treffen, wird dies aber nachfragen und nachreichen.
Die Kundenprofile werden nach 6 Monaten geprüft. Die Nachhaltigkeit ist für das Jobcenter Potsdam ein wichtiger Faktor.

Frau Schulze spricht die psychologische Betreuung und Versorgung mit Wohnraum der Obdachlosen unter 25 Jahren an, bei der es Probleme geben soll.

Herr Thomann äußert, dass er von diesen Problemen erfahren hat. Die Stadtverwaltung wurde diesbezüglich angeschrieben und es soll gemeinsam geprüft werden, welche Maßnahmen hier ergriffen werden können.

Frau Judacz bedankt sich bei Herr Thomann und den Mitarbeitern des Jobcenters Potsdam für die gute Arbeit. Sie verweist auch auf die gute Zusammenarbeit mit vielen Arbeitgebern, die eine schnelle Vermittlung befördern. Die Zahl der Vermittlungen in den Monaten Januar und Februar 2011 ist aus ihrer Sicht hervorragend und sollte in der Präsentation nicht rot, sondern grün dargestellt werden.

Herr Thomann macht darauf aufmerksam, dass wir in einem guten Wirtschaftsraum leben.

Herr Besancon fragt, wie viele Mitarbeiter des Jobcenters Potsdam befristet angestellt sind und welche Gründe es dafür gibt. Kann dies zu Problemen bei der Betreuung von Langzeitarbeitslosen führen?

Herr Thomann macht deutlich, dass dies sehr problematisch ist. Mittlerweile sind durch die sog. Etatisierungen Planstellen zur Verfügung gestellt. Aktuell gibt es 9 Mitarbeiter im kommunalen Bereich und 14 im Agenturbereich, die befristet angestellt sind. Es wird geprüft, ob dies optimiert werden kann. Die Befristungsquote soll noch in diesem Jahr langsam sinken. Aufgrund der positiven Entwicklung muss auch eine Personalsteuerung erfolgen können.

Frau Laabs verweist auf die Kunden aus den GUS-Staaten, die aufgrund fehlender Sprachkenntnisse einen Dolmetscher benötigen.

Herr Thomann erklärt, dass es einen Dolmetscherdienst gibt, der bei Bedarf eingeschaltet werden kann. Der Anteil von Ausländern im JLP ist eher gering. Dadurch tauchen diese Schwierigkeiten nicht so umfassend auf.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechts für Frau Haigl und Frau Lehmann (Gruppe Die Andere).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

Der Erteilung des Rederechts wird zugestimmt.

Herr Fröhlich verweist darauf, dass der Schlüssel bei den über 25-Jährigen 1:150 beträgt und fragt, wie hoch hier der Fortbildungsbedarf, aber auch der

Ausbrennungsfaktor bei den Mitarbeitern ist und was dagegen getan wird.

Herr Thomann erklärt, dass die Fallzahlschlüssel nicht 1:1 im Kundenverkehr umgesetzt werden. Es werden ständig Fortbildung durchgeführt. Zu Beginn jedes Jahres erfolgt die Planung des Fortbildungsbedarfs für die Mitarbeiter. Der Fortbildungsbedarf ist anhaltend sehr hoch, was an der komplexen Materie und den häufigen Gesetzesänderungen liegt.

Der Ausbrenneffekt ist bei einer Anzahl von Mitarbeitern tatsächlich vorhanden. Davon sind auch junge Kollegen betroffen. Hier wird in Zusammenarbeit mit der Stadt im Rahmen des Gesundheitsprogramms und auch mit der Agentur für Arbeit alles Mögliche versucht, dagegen zu steuern.

Er macht auch deutlich, dass die Schicksale der Kunden auch die Mitarbeiter des Jobcenters berühren.

Herr Fröhlich macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, was durch die Mitarbeiter des Jobcenters zu leisten ist und auch geleistet wird.

Frau Haigl verwundert die Aussage, dass es eine gute Angemessenheitsgrenze für Wohnungen gibt, da sie aus Erfahrungen im Bekanntenkreis weiß, dass es problematisch ist, für Familien mit Kindern größere Wohnungen zu finden. Deshalb leben Familien mit Kindern oft in kleineren Wohnungen, als sie eigentlich müssten.

Anschließend fragt sie nach der Übernahme von Nachzahlungen für hohe Betriebskosten.

Herr Thomann macht deutlich, dass die Arbeitsanweisung sehr großzügig ist. Dies bedeutet aber nicht, dass preiswerter Wohnraum auch überall in der Stadt vorhanden ist.

Auch ist in der Arbeitsanweisung enthalten, dass z.B. bei Pflege von nahen Angehörigen oder Kindern, die im Wohngebiet bereits in Einrichtungen betreut werden, möglichst ein Umzug innerhalb des Wohngebietes angestrebt werden soll. Auch der Trend der Entwicklung der Betriebskosten ist bedacht. Selbstverständlich werden die Betriebskostennachzahlungen geprüft.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass die Entwicklung der Betriebskosten regelmäßig auch in Abstimmung mit der Wohnungswirtschaft geprüft wird. Es wird aber eine sparsame Nutzung erwartet.

Frau Lehmann hat der Presse entnommen, dass die Zahl der Sanktionen bundesweit angestiegen ist. Auch die Zahl der Widersprüche und Klagen gegen die Entscheidungen des Jobcenters.

Herr Thomann weist darauf hin, dass das Jobcenter zu Sanktionen verpflichtet ist. Hier liegt die Zahl im Vergleich sehr niedrig.

Die steigende Zahl der Klagen ist auch auf ein klagefreudiges Publikum sowie einen großen Anwaltsmarkt zurückzuführen. Die Rückstände im Widerspruchsbereich liegen derzeit bei 700. Darin enthalten sind ca. 90 Widersprüche, die über drei Monate nicht bearbeitet sind.

Die Klageerfolge liegen im Vergleich mit dem Umfeld im mittleren Bereich. Aus seiner Sicht gibt es hier keine kritische Entwicklung.

Frau Schulze bittet Herrn Thomann, allen Mitarbeitern des Jobcenters Potsdam den Dank des Ausschusses für Gesundheit und Soziales für die Arbeit der vergangenen 6 Jahre zu übermitteln.

zu 5 Wiedervorlagen

zu 5.1 Gerechte Bezahlung im Klinikum "Ernst von Bergmann"

Vorlage: 10/SVV/1079

Gruppe Die Andere

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechts für Frau Groschnick und Herr Krause als Vertreter des Betriebsrats des Klinikums „Ernst von Bergmann“.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

Der Erteilung des Rederechts wird zugestimmt.

Herr Grebner (Klinikum „Ernst von Bergmann“) erinnert an seine Ausführungen in der Februar- Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales zu den drei Haustarifen im Klinikum.

Frau Groschnick erklärt, dass der Betriebsrat die Einhaltung der Tarifverträge kontrolliert, diese aber nicht abschließt. Ein großes Problem besteht darin, dass hochqualifizierte Mitarbeiter lieber zu gut bezahlenden Arbeitgebern gehen.

Frau Laabs fragt nach, ob die Mitarbeiter vom Service im Klinikum und in der Poliklinik für die gleichen Arbeiten unterschiedlich bezahlt werden.

Frau Schulze weist darauf hin, dass diese Frage nicht im Zusammenhang mit dem Anliegen des Antrages steht.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass es nicht nur um die Mitgliedschaft im Kommunalen Arbeitgeberverband geht, sondern um die Mitgliedschaft mit Tarifbindung.

Sie weist in Bezug auf die Begründung des Antrages darauf hin, dass es sich hier um den Bereich der Altenpflege handelte, bei dem Minister Baaske aufgefordert hat, für Pflegekräfte im Osten auch Westlöhne zu zahlen. Im Antragstext selbst geht es um Pflege im Klinikum.

Die betont, dass die Haustarifverträge zwischen den Vertragspartnern ausgehandelt und erst abgeschlossen werden, wenn Konsens besteht. Die einzelnen Tarifverträge im Klinikum „Ernst von Bergmann“ laufen zu unterschiedlichen Zeiten aus, da es auch unterschiedliche Verhandlungspartner gibt. Dies ist Normalität in allen größeren Häusern. Das Klinikum „Ernst von Bergmann“ muss mit der Fallpauschale arbeiten, die es im Land Brandenburg gibt.

Sie macht auch deutlich, dass sehr viele Investitionen im Klinikum getätigt werden.

Herr Besancon äußert seine Verwunderung darüber, dass es Teile der Klinikum „Ernst von Bergmann“ GmbH gibt, die keine Tarifverträge haben. Er fragt, ob es für das „Geschwister- Scholl-Heim den Tarif des Klinikums gibt.

Er fragt den Betriebsrat, ob dieser zufriedener ist, wenn zu einer Mitgliedschaft im Kommunalen Arbeitgeberverband mit Tarifbindung gewechselt wird.

Herr Grebner erklärt, dass es im Geschwister-Scholl-Heim einen Tarifvertrag gibt,

der ca. 37% über dem Marktpreis liegt. Dieser Tarifvertrag besteht seit 4 Jahren.

Herr Kühn fragt, ob es noch Tochterunternehmen gibt, die keine Haustarifverträge haben. Wenn ja, wird dann angestrebt, auch für die Tochterunternehmen des Klinikums Haustarifverträge abzuschließen?

Der Haustarif für die Servicegesellschaft soll im Oktober 2011 auslaufen. Soll der bisherige Standard erhalten oder ausgebaut werden?

Er spricht die Mitarbeiterbefragung im Vorfeld der Tarifverhandlungen an und fragt den Betriebsrat ob es dabei auch die Frage gab, ob eine Mitgliedschaft im Kommunalen Arbeitgeberverband mit Tarifbindung angestrebt werden soll.

Herr Grebner erklärt, dass es in zwei Töchtern (Politiklinik und Catering) unterschiedliche Bezahlung gibt, innerhalb des Klinikums gibt es nicht mehr. Der Unterschied in der Bezahlung im Labor der Poliklinik zum Labor im Klinikum besteht in den unterschiedlichen Leistungen beider Labore.

Herr Prof. Wenisch teilt mit, dass im ärztlichen Bereich kein wesentlicher Fachkräftemangel besteht. Das Klinikum „Ernst von Bergmann“ ist in Bezug auf die ärztliche Ausbildung das größte ausbildende Haus im Land Brandenburg.

Herr Dienst macht deutlich, dass die Pflegekräfte im Klinikum „Ernst von Bergmann“ mehr verdienen als im Umland. Es gab in den vergangenen Jahren keinen Abgang, aufgrund zu geringen Gehalts. Richtig ist, dass es einen Fachkräftemangel im Bereich der Pflege im Land Brandenburg gibt. Das Klinikum „Ernst von Bergmann“ befindet sich aus seiner Sicht in einer angenehmen Situation.

Frau Groschnick erklärt, dass die Frage zur Mitgliedschaft im Kommunalen Arbeitgeberverband mit Tarifbindung nicht im Fragebogen enthalten war.

Herr Kühn bittet um eine Aussage, welche finanziellen Auswirkungen die Mitgliedschaft im Kommunalen Arbeitgeberverband mit Tarifbindung haben würde.

Er fragt, ob sich die Haustarif-Regelung bewährt hat und fortgesetzt werden soll.

Herr Grebner betont, dass die Haustarife sich bewährt haben und die Verhandlungen fortgeführt werden sollen. Die finanziellen Auswirkungen wird er nicht im öffentlichen Teil der Sitzung erörtern.

Herr Krause erklärt, dass Tarifverträge nicht Inhalt der Arbeit der Betriebsräte sind. Er macht deutlich, dass sie lediglich der Betriebsrat des Klinikums sind und somit nicht für die anderen Betriebe der Klinikum „Ernst von Bergmann“ gGmbH zuständig.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechts für Frau Lehmann (Gruppe Die Andere).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

Der Erteilung des Rederechts wird zugestimmt.

Frau Lehmann äußert, dass sie Kenntnis von Überlastungsanzeigen hat.

Frau Schulze weist darauf hin, dass diese Frage nicht im Zusammenhang mit dem Antrag steht.

Frau Müller-Preinesberger bittet darum, dass dazu Herr Dienst eine Aussage treffen sollte, um diese Aussage nicht im Raum stehen zu lassen.

Frau Schulze bittet darum, dass man sich mit den Fragen auf die Drucksache beziehen möchte.

Herr Dienst macht deutlich, dass es einen Rückgang an Überlastungsanzeigen gibt, da es weitere Einstellungen von Pflegekräften gab. Es gibt ein monatliches Treffen mit dem Betriebsrat, bei dem die Überlastungsanzeigen ausgewertet werden.

Herr Prof. Wenisch ergänzt, dass es auch im ärztlichen Bereich Überlastungsanzeigen gibt. Dem wird versucht entgegenzuwirken, indem u.a. Dienstpläne entsprechend gestaltet werden.

Frau Judacz macht darauf aufmerksam, dass es eher selten ist, dass sich ein Klinikum in städtischer Gesellschaft befindet. Es ist in den letzten Jahren gelungen, das Klinikum in ein rentables Unternehmen zu entwickeln. Es gibt eine Betriebskita, Betriebssportgruppen und ein Fortbildungsbudget. Trotzdem wird die Wirtschaftlichkeit erhalten. Dies sollte in der Diskussion nicht außer Acht gelassen werden.

Sie fragt, ob die Kinderbetreuung im Hause bezuschusst wird.

Herr Grebner bejaht dies.

Frau Judacz macht auch darauf aufmerksam, dass das Klinikum in den letzten Jahren gewachsen ist.

Frau Laabs stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**:

Die Drucksache wird bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vertagt. Zu dieser Sitzung werden Vertreter von ver.di und dem Marburger Bund eingeladen.

Sie verweist darauf, dass dies der Ausschuss in seiner Sitzung am 15.02.2011 beschlossen hat. Sie bittet, dies für die nächste Sitzung nachzuholen.

Frau Judacz macht in ihrer Gegenrede deutlich, dass Stadtverordnete nicht für den Abschluss von Tarifverträgen zuständig sind.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1

Ablehnung: 4

Stimmhaltung: 1

Somit ist der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt.

Herr Fröhlich macht deutlich, dass es nicht die Aufgabe der Politik ist, über Tarifverträge zu beraten. Er stellt fest, dass sich die Bedingungen im Klinikum „Ernst von Bergmann“ deutlich verbessert haben. Er weist den Betriebsrat darauf hin, dass es sich um einen städtischen Betrieb handelt.

Frau Müller-Preinesberger betont, dass am 15.02.2011 nicht beschlossen wurde, die Vertreter von ver.di und dem Marburger Bund einzuladen. Dies geht deutlich aus dem Protokoll vor, dem am 15.03.2011 ohne Korrekturwünsche zugestimmt wurde.

Frau Schulze ergänzt, dass sie die Verwaltung gebeten hat, die entsprechenden Vertreter einzuladen.

Frau Wolf weist darauf hin, dass es nicht in das Aufgabengebiet der Stadtverordneten gehört, Tarifverhandlungen zu führen.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechts für Frau Haigl (Gruppe Die Andere).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3

Ablehnung: 2

Stimmhaltung: 1

Der Erteilung des Rederechts wird zugestimmt.

Frau Haigl kann die Diskussion nicht nachvollziehen. Sie erhält immer wieder Nachrichten von Mitarbeitern des Klinikums über Überlastungsanzeigen, schlechtes Klima und schlechte Löhne.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass hier unverantwortlich Dinge in den Raum gestellt werden, ohne einen konkreten Bezug zu haben. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Landeshauptstadt Potsdam darum gekämpft hat, dass das Klinikum ein kommunales Haus bleibt. Mit Beschluss des vorliegenden Antrages wird das Haus in die roten Zahlen geführt.

Frau Judacz betont, dass die von Frau Haigl und Frau Lehmann angeführten Fälle Einzelfälle sind. Sollte es ungleiche Löhne bei Mitarbeitern geben, ist es die Aufgabe des Betriebsrates, dafür Sorge zu tragen, dass ein Angleich erfolgt. Es ist nicht möglich, in einem so großen Unternehmen alle Mitarbeiter zufrieden zu stellen.

Es wird immer Einzelne geben, die Probleme haben.

Frau Schulze empfiehlt den Antragstellern, den Kontakt zur Geschäftsführung und zum Betriebsrat des Klinikums aufzunehmen, um die offenen Fragen zu klären.

Sie regt an, die Terminsetzung im Antrag auf September 2011 zu ändern.

Herr Kühn verweist auf seine Frage zu den finanziellen Auswirkungen des Beschlusses, die im nicht öffentlichen Teil der Sitzung beantwortet werden muss. Er beantragt, jetzt einen nicht öffentlichen Teil einzufügen und anschließend in öffentlicher Sitzung weiter zu tagen.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über den Antrag von Herrn Kühn.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1

Ablehnung: 2

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Frau Schulze fragt, ob die Beantwortung der Frage von Herrn Kühn für die

Beschlussfassung für erforderlich gehalten wird.

Herr Kühn erklärt, dass er ohne diese Erkenntnisse kein Votum zum Antrag abgeben könne.

Herr Teuteberg bittet daraufhin, einen nicht öffentlichen Teil der Sitzung einzufügen, da ein Stadtverordneter noch Klärungsbedarf hat, um ein Votum abgeben zu können.

Frau Judacz schließt sich dem an.

Somit wird zur Klärung der noch offenen Frage ein nicht öffentlicher Teil der Sitzung eingefügt.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister und die Vertreter/innen der Stadt Potsdam in den Gremien und Organen des Klinikums „Ernst von Bergmann“ werden beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass das städtische Klinikum im Kommunalen Arbeitgeberverband unverzüglich von der Mitgliedschaft ohne Tarifbindung in die normale Mitgliedschaft wechselt.

Die Stadtverordnetenversammlung soll im ~~April~~ **September** 2011 über die eingeleiteten Schritte informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0

Ablehnung: 2

Stimmhaltung: 3

Somit ist der Antrag abgelehnt.

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 6.1 Sicherung von Mindeststandards in der Abteilung Psychiatrie
Vorlage: 11/SVV/0210**

Gruppe Die Andere

Der Antrag wird auf Wunsch der Gruppe Die Andere zurückgestellt.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Anliegen von Potsdamer Flüchtlingen

Vorlage: 11/SVV/0262

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Frau Grasnick informiert, dass es hinsichtlich der ersten Frage inzwischen Möglichkeiten für besondere Einzelfälle gibt.

Frau Schulze ist überrascht, dass eine jährliche Bürgerfragestunde ausreichend sein soll.

Herr Fröhlich erklärt, dass sich die Mehrheit des Migrantenbeirates dazu ausgesprochen hat, dies einmal im Jahr zu tun.

Frau Grasnick teilt mit, dass das Flüchtlingsheim einen neuen Heimbeirat hat.

Die Mittelungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 8 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Frau Schulze informiert, dass sie als Ausschussvorsitzende ein Schreiben des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung erhalten hat, in dem zu einem Termin mit allen Ausschussvorsitzenden eingeladen wurde, bei dem man sich zu einer effizienteren Arbeitsweise austauschen möchte. Sie bittet die Ausschussmitglieder, diesbezügliche Vorschläge ihrerseits bis zum 06.05.2011 an Frau Spyra zu senden.

Des Weiteren erinnert sie daran, dass im Juni 2011 eine Vor-Ort-Sitzung durchgeführt werden soll. Sie bittet, bis zur nächsten Ausschusssitzung entsprechende Vorschläge bei Frau Spyra einzureichen. Sollte dies nicht erfolgen, wird sie als Ausschussvorsitzende einen Vorschlag unterbreiten.

Herr Fröhlich weist darauf hin, dass als Tischvorlage eine Einladung zum Fachtag „Integration und Schule“ im Rahmen der Integrationskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam an alle Ausschussmitglieder ausgereicht wurde..

Herr Besancon informiert, dass am 27.04.2011, 18:00 Uhr in der Geschäftsstelle der Rosa Luxemburg Stiftung, Dortustraße 53, eine Podiumsdiskussion zu akzeptierender Drogenarbeit stattfindet. Er reicht die entsprechenden Flyer aus.

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:
17. Mai 2011 im Raum 3.025 des Stadthauses**

Jana Schulze
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin